DIE WELT, 27. Juli 2019

Der neue Klimaabsolutismus

Die Reduzierung des CO_2 als wichtigstes politisches Thema darzustellen ist angesichts der wirtschaftlichen Sorgen sträflich. Wenn wir uns damit ein paar Jahre Zeit ließen, würde die Welt nicht untergehen. Auch wenn Greta Thunberg uns das einreden will



Deutschland hat sich dem Klimaabsolutismus unterworfen. Das Land muss grüner werden, verkünden Politiker und Wissenschaftler, Aktivisten und Medien einhellig - und zwar um jeden Preis und blind für mögliche Konsequenzen. Die industriepolitisch zerstörerische Klimapolitik in Deutschland und Europa bereitet mir große Sorgen. Politik und Industrie scheinen von Medien und Zivilgesellschaft so sehr beeinflusst zu sein, dass sie selbst ihren marktwirtschaftlichen Kompass völlig verloren haben. Aus Angst vor öffentlicher Schelte sind sie bereit, eigene Überzeugungen über Bord zu werfen.

Doch alle Aktivitäten, die wir in Deutschland zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes in Angriff nehmen können, sind kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit 2,2 Prozent Anteil an den weltweiten Emissionen kann Deutschland nur wenig zur Verbesserung des Weltklimas beitragen. Trotzdem werden wir zu Handlungen gezwungen, die unsere Stärke als Industrienation gefährlich stören. Dem 1,5-Grad-Erderwärmungsziel unser gesamtes wirtschaftliches Handeln bedingungslos zu unterwerfen, halte ich für einen großen Irrweg. Im Kern dieser Diskussion steht schon längst nicht mehr die Angst um das Klima. Unter dem Deckmantel einer weltrettenden Umweltpolitik werden linke Umverteilungsideologien in großem Umfang legitimiert.

Die Reduzierung des CO_2-Ausstoßes als wichtigstes politisches Thema darzustellen ist angesichts der auf uns zukommenden globalen wirtschaftlichen Sorgen geradezu sträflich. Konzernchefs über alle Branchen hinweg haben sich längst zu einer grüneren Wirtschaft bekannt, damit ihnen nicht von Klimaaktivisten und Medien der Kopf abgerissen wird. Man muss Hochachtung davor haben, wie schnell sich die deutsche Automobilindustrie den Forderungen nach E-Mobilität anpasst, eine Herkulesaufgabe, die hier in kürzester Zeit gestemmt werden muss (zusätzlich zu den Megathemen wie autonomes Fahren und Digitalisierung) und erhebliches Entwicklungs-Know-how und finanzielle Mittel erfordert.

Die dennoch anfallenden Strafzahlungen für die laufenden Verbrennungsmotoren, auf die wir vorerst einfach noch angewiesen sind, werden ihre Spuren hinterlassen. Ich halte es für dringend notwendig, diese Strafzahlungen im Rahmen der EU zu überdenken. Sie nehmen Ressourcen in Anspruch, die für die Entwicklung alternativer Antriebe und zukunftsgerichteter Technologien nötig wären. Die amerikanischen Tech-Unternehmen hingegen strotzen vor

Geld. Sie werden deutlich mehr in die Zukunft investieren können - und damit einen massiven Wettbewerbsvorteil haben.

Das alles passiert, weil die Feinde des Individuahverkehrs das Zepter in die Hand genommen haben. Neben dem Energiesektor ist die individuelle Mobilität noch stärker in den Fokus linker Politik gerückt als bisher. Aus ihrer Sicht hat die Automobilindustrie es „leider" geschafft, von der Luxuslimousine über den energiefressenden SUV bis zum Kleinwagen Mobilität für alle sozialen Klassen zu ermöglichen. Das schafft Zufriedenheit, lässt aber keinen Platz für revolutionäre Gesellschaftskritik. Wenn wir heute davon reden, dass der Individualverkehr reduziert oder abgeschafft werden soll, dann passt das in das originäre Programm der Grünen, das sie schon vor 40 Jahren hatten.

Sogar das Produktportfolio der Industrie ist mittlerweile an der Nachfrage der Politik orientiert - besser gesagt, durch sie vorgeschrieben. Angesichts völlig überzogener CO_2-Emissionsziele für Europa, die von der Automobilindustrie technisch in der vorgegebenen Zeit gar nicht umsetzbar sind, scheint es für mich so, dass die Deindustrialisierung bewusst in Kauf genommen oder sogar provoziert wird.

Die Amerikaner hingegen sind aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen, China und Indien sind als Schwellenländer von sämtlichen CO_2-Vorgaben in den nächsten zehn Jahren ausgenommen. Sie bauen zu den 3700 Kohlekraftwerken sogar weitere 600 dazu. Sie wissen, dass ihr dringend notwendiges Wachstum ohne den entsprechenden fossilen Energieverbrauch nicht machbar ist. Wollen wir in Deutschland alle Maßnahmen im Alleingang wagen - ohne Mehrwert und bei hohem Risiko der Selbstschwächung? Wenn wir uns mit allen strategischen Vorhaben zehn bis 15 Jahre länger Zeit ließen, würde die Weh nicht untergehen. Auch wenn uns das Greta Thunberg einreden will.

Glaubt man den lauten Aktivisten, ist Deutschland ein Land voller Klimasünder, die nun auch für ihre Vergangenheitssünden zahlen müssen. Die Dax-Konzerne waren angeblich auf Kosten der Umwelt erfolgreich - jetzt sollen sie noch weiter mit Abgaben belastet werden und für die Vergangenheit büßen. Dabei vergessen wir, dass wir unseren Unternehmen den heutigen Wohlstand in Deutschland verdanken.

Doch längst entladen sich die Klimaforderungen nicht mehr nur an großen Konzernen. Auch Mittelständler und Familienunternehmen, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, sollen bestraft werden, weil sie sich angeblich auf Kosten der Umwelt ein Vermögen aufgebaut haben. Es sind Vorschläge wie der einer pauschalen CO_2-Nachlasssteuer vom Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung, die Familienunternehmen immens schaden würden. Sie soll in einen staatlichen Klimafonds eingezahlt werden und bei finanzieller Überforderung der Unternehmen durch eine Einlage von ganzen Gesellschaftsanteilen in den Fonds alternativ bedient werden können. Das sind Vorschläge, die von den sozialistischen Enteignungsideen von Kevin Kuhnert nicht mehr weit entfernt sind.

Es ist aus den Forderungen der Klimabewegung zu erkennen, dass es um die völlige Neuordnung unserer Gesellschaft geht: endlich weg von den marktwirtschaftlichen, kapitalistischen Strukturen, hin zum staatlich gelenkten planwirtschaftlichen System. Der Sozialismus soll nicht mehr allein über die altmodische, klassenkämpferische Argumentation der sozialen Ungleichheit begründet werden - schließlich steigt unser Wohlstand -, sondern die Umverteilung soll unter der Tarnkappe des Klimawandels in Gang gesetzt werden.

Die Erderwärmung mit dem Menschen als Hauptschuldner ist ein probates Instrument, mit dem jeder Einzelne endlich messen kann, wie schädlich sein Konsumverhalten ist, und sich am besten selbst sanktioniert - durch von schlechtem Gewissen getriebenen Konsumverzicht in weiten Teilen unserer heutigen Lebensbereiche. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin nicht dagegen, bestimmte Fehlentwicklungen wie große Mengen an Plastikmüll oder Massentierhaltung infrage zu stellen und vernünftige Alternativen zu suchen. Aber ich bin entschieden dagegen, das individuelle Konsumverhalten zu stigmatisieren, zu bevormunden und ganzen Branchen das Aus zu erklären.

Denn die Freiheit des Individuums, die Unabhängigkeit unserer Wirtschaft und auch unserer Familienunternehmen sind unabdingbar - aber durchaus nicht mehr selbstverständlich. Immer stärker greift der Staat auch in anderen Bereichen in unsere unternehmerische Unabhängigkeit ein. Wir spüren es im täglichen Leben. Management und Mitarbeiter werden durch immer mehr Auflagen und Regelungen in Haftung genommen - bei Steuerthemen, Arbeitssicherheit, Instandhaltung, Kennzeichnung, Qualitätsvorgaben und natürlich beim Umweltschutz. Die Betriebsprüfungen nicht nur in meinem Unternehmen zeigen sich von Jahr zu Jahr aggressiver. Heerscharen neuer Prüfer sind in Deutschland eingestellt worden, um jede mögliche zusätzliche Steuerquelle zu erschließen. Das lähmt den unternehmerischen Mut.

Dabei brauchen wir genau diesen: Die deutschen Familienunternehmen sind weitestgehend unabhängig von staatlichen Zuwendungen und können sich autonomes Gedankengut leisten. Kein Großkonzern, kein Politiker wird es im Umfeld der hochmanipulativen klima- und ökosozialen Medienlandschaft noch wagen können, die Fehlentwicklungen in der Energie-, Verkehrs- oder Umweltpolitik infrage zu stellen. Die Gefahr, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden, ist zu hoch.

Die bald 14-jährige Ära von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die damals überaus erfolgreiche Agenda 2010 der SPD unter Gerhard Schröder anfänglich verwaltet - und schließlich gänzlich aufgegeben. Statt ein wirtschaftsfreundliches Umfeld zu verteidigen, hat sie ihren Schwerpunkt darauf gelegt, sich mit dem von den Grünen geklauten Klimaschutz zu profilieren, ohne die Umverteilungsideen dahinter kritisch zu hinterfragen.

Aber ich will den Ökosozialismus nicht nur der Bundeskanzlerin in die Schuhe schieben. Bis hinein in die Spitzen der großen Konzerne wird der antimarktwirtschaftlichen Haltung nichts mehr entgegengesetzt. Trotz rational besseren Wissens beugen sie sich jeder Forderung, zeigen der „Fridays for Future“-Bewegung und den zum Teil gewaltbereiten Baumschläfern im Hambacher Forst keine Grenzen auf.

Das politische Umdenken findet in weiten Teilen der Bevölkerung Zustimmung. Die Gehirnwäsche unter dem Motto „Rettet den Planeten“ findet mittlerweile auf allen Kanälen statt, ohne dass man sich ihr entziehen kann. Dabei vergessen wir kollektiv, dass diese Forderungen die Industrie lähmen. Stattdessen werden gesamtwirtschaftliche Kollateralschäden bewusst in Kauf genommen. Das politische Umfeld fördert nicht die Marktwirtschaft, es ist dabei, sie zu zerstören. Das beweist: Klima und CO_2 eignen sich prächtig, um in unsere marktwirtschaftlichen Strukturen einzugreifen. Wenn konservative und liberale Parteien - sofern es diese noch gibt - nicht wieder an Rückgrat und Verstand gewinnen, werden wir diese Welle des Wahnsinns nicht mehr stoppen.

Die Autorin ist Geschäftsführerin des Automobilzulieferers Coroplast in Wuppertal. 2017 war sie Entrepreneur des Jahres.